

Börsenmonitor April 2026



- **Die Aktienmärkte schalteten angesichts der eskalierenden Lage im Nahen Osten in den Korrekturmodus. Abseits des Energiesektors vermochte nahezu kein Segment vom Marktumfeld zu profitieren.**
- **Die Blockade hält die Finanzmärkte in erhöhter Anspannung. Erste Signale nähren die Hoffnung auf Deeskalation – eine Normalisierung der Versorgungslage bleibt die entscheidende Voraussetzung für eine nachhaltige Markterholung.**
- **EZB und Fed befinden sich in einem geldpolitischen Spannungsfeld: Der durch den Konflikt befeuerte Energiepreisdruck erschwert das weitere Vorgehen – ein klassisches Stagflationsszenario rückt zunehmend in den Blick.**
- **Eine rasche Rückkehr auf das Vorkonfliktniveau erscheint kurzfristig wenig wahrscheinlich, da das Ausmaß der angerichteten Schäden und der nachgelagerte Effekt des Preisanstiegs auf die Realwirtschaft schwer zu kalkulieren sind.**

Die Aktienmärkte standen im März 2026 ganz im Zeichen der geopolitischen Eskalation im Nahen Osten. Die Sperrung der Straße von Hormuz und der damit verbundene sprunghafte Anstieg der Öl- und Gaspreise dominierten das Marktgeschehen und sorgten für eine Korrektur. Der S&P 500 verlor im Monatsverlauf 5,0%, der NASDAQ 100 gab um 4,9% nach. Hinter diesen Indexbewegungen verbarg sich jedoch eine extreme Spreizung: Während der Energiesektor mit einem Plus von 10,4% klar an der Spitze stand und defensive Versorger (+10,3%) sowie Basiskonsumgüter (+6,0%) als Stabilitätsanker fungierten, gerieten zyklischer Konsum (-8,5%), Gesundheitswesen (-8,3%) und Kommunikationsdienste (-7,3%) unter erheblichen Druck. Auf Einzeltitelebene spiegelte sich die Ölpreisdynamik unmittelbar wider: Rohstoffnahe Werte wie APA Corp (+39,7%), LyondellBasell (+41,7%) und Marathon Petroleum (+23,2%) gehörten zu den stärksten Performern im S&P 500, während konsumnahe und wachstumsintensive Titel wie Estee Lauder (-34,4%) und Super Micro Computer (-29,7%) deutlich abgaben.

In Europa fiel die Korrektur noch schärfer aus. Der STOXX600 verlor 7,6%, der Euro Stoxx50 büßte 9,2% ein und der DAX gab um 10,3% nach. Einzig der Energiesektor des STOXX600 konnte sich mit einem Plus von 14,6% klar behaupten - alle übrigen Sektoren schlossen im negativen Terrain, wobei defensive Konsumwerte (-14%) sowie Immobilien (-13,8%) am stärksten litten. Auf Einzeltitelebene dominierten europäische Energiewerte die Gewinnerliste eindrucklich: Equinor (+49,3%), Var Energi (+42,4%), Neste (+32,9%), Repsol (+29,6%) und ENI (+27,9%) profitierten unmittelbar vom Ölpreisanstieg. Im Euro Stoxx50 zählten neben den Ölwerten auch Deutsche Börse (+8,1%) und BASF (+7,6%) zu den wenigen Gewinnern. Die schwache Marktbreite und die hohe Konzentration der Kursgewinne auf den Energiesektor unterstreichen, dass es sich im März weniger um einen differenzierten, fundamental getriebenen Ausverkauf handelte als vielmehr um eine geopolitisch induzierte Risikoaversion - mit entsprechend abrupter Sektorrotation aus konjunktursensitiven und bewertungsintensiven Titeln in Energie- und Defensivwerte. So lange keine scheinbar nachhaltige Lösung für den Konflikt sichtbar wird, dürfte diese Performance-Muster noch Bestand haben, und die Ölpreisentwicklung die entscheidende Variabel für die Finanzmärkte bleiben.

Geopolitik – Noch kein Ende in Sicht, aber erste Deeskalationssignale: Der Konflikt tritt mit Beginn des zweiten Kriegsmonats in eine Phase zunehmend widersprüchlicher Signale: Gesprächsbereitschaft wird auf beiden Seiten angedeutet, ohne dass ein belastbarer Verhandlungsrahmen erkennbar wäre. Washington übermittelte dem Iran über Pakistan einen 15-Punkte-Plan, dessen Kernforderungen ein vollständiger Verzicht auf Urananreicherung, Beschränkungen des Raketenprogramms, die Aufgabe der Unterstützung regionaler Milizen sowie die Wiedereröffnung der Straße von Hormuz umfassen – im Gegenzug stünde eine weitreichende Sanktionserleichterung. Teheran wies den Plan als „maximalistisch und unrealistisch“ zurück und besteht seinerseits auf der

formalen Anerkennung seiner Souveränität über die Straße von Hormuz sowie Reparationszahlungen. Bemerkenswert sind zudem Berichte über bilaterale Sonderkorridore: Pakistan, Indien und vereinzelt weitere Staaten haben offenbar separate Durchfahrtsvereinbarungen mit dem Iran getroffen – ein Zeichen, dass Teheran die Blockade selektiv und instrumentell einsetzt. Beide Parteien signalisieren Gesprächsbereitschaft, ohne Gesichtsverlust zu riskieren – Washington unter innenpolitischem Druck, Teheran in der Kalkulation, dass die USA letztlich nachgeben werden. Trump erklärte zuletzt, die USA könnten ihren Einsatz in zwei bis drei Wochen beenden – machte jedoch zugleich deutlich, dass die Sicherung der Straße von Hormuz primär Aufgabe jener Staaten sei, die sie nutzen. Parallel dazu formiert sich eine rund 30 Länder umfassende Koalition unter britisch-französischer Führung – ohne explizite US-Führungsrolle – mit dem Ziel, die Durchfahrt notfalls auch militärisch zu sichern. Die wirtschaftlichen Konsequenzen der anhaltenden Blockade reichen längst über Öl und Gas hinaus. Brent-Rohöl notiert aktuell bei knapp 105 USD pro Barrel – nach einem zwischenzeitlichen Höchststand von rund 119 USD Mitte März, einem Anstieg von über 50% gegenüber dem Vorkriegsniveau. Aluminium verteuerte sich auf 3.500 USD pro Tonne (+25% im Jahresverlauf), der Schwefelmarkt – zentraler Vorleistungrohstoff für Kupfer- und Nickelerze – legte binnen eines Monats rund 25% zu, und der Ausfall katarischer Heliumexporte gefährdet die Versorgung der globalen Halbleiter- und Medizintechnikindustrie. Der inflationäre Transmissionskanal – über Energie, Industriemetalle, Düngemittel und petrochemische Vorprodukte ist klar erkennbar. An den Aktienmärkten spiegelt sich die Unsicherheit in einer ausgeprägten regionalen Asymmetrie wider. Europäische Indizes haben seit Kriegsbeginn deutlicher korrigiert als der US-Markt. Deutlichere weitere Abschlüsse dürften vor allem dann eintreten, wenn der Konflikt auf die Infrastruktur der arabischen Golfstaaten übergreift. Eine glaubwürdige, von beiden Seiten bestätigte Waffenruhe – verbunden mit einer dauerhaften Öffnung der

Straße von Hormuz – bleibt die wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Markterholung, die durch die jüngsten diplomatischen Entwicklungen spürbar wahrscheinlicher geworden ist.

Zentralbanken – Energiepreise werden zum Problem: Die US-Notenbank beließ auf ihrer Sitzung vom 18. März den Leitzins erwartungsgemäß im Zielband von 3,50% bis 3,75%. Die aktualisierten Wirtschaftsprojektionen zeigen eine merkliche Verschiebung gegenüber Dezember: Die PCE-Inflationsprognose für 2026 wurde auf 2,6 bis 3,1% angehoben (Dezember: 2,3 bis 2,5%), die Kernrate auf 2,5 bis 2,8%, das reale BIP-Wachstum auf 2,2 bis 2,5%. Powell adressierte den Ölpreisschock mit bemerkenswerter Zurückhaltung: Höhere Energiepreise infolge der Hormuz-Blockade seien temporär – die Fed werde abwarten, ob sich Zweitrundeneffekte materialisieren, bevor sie eingreife. Die Leitzinsprojektionen der FOMC-Mitglieder blieben unverändert – der Median für Ende 2026 verharrt bei 3,375%, was einer einzigen Senkung entspricht. Der Markt preist hingegen mit einem implizierten Satz von 3,60% per Dezember faktisch keine vollständige Senkung ein, da die Projektionen auf einem Ölpreisgipfel von rund 90 USD pro Barrel beruhen, während Brent seither auf über 105 USD gestiegen ist. Ausschlaggebend für baldige Lockerungserwartungen dürfte der bevorstehende Führungswechsel sein: Kevin Warsh dürfte als Trump-naher Kandidat für den Fed-Vorsitz bereit sein, einen vorübergehend erhöhten Inflationsausweis hinzunehmen und dennoch mit Zinssenkungen zu beginnen – eine Haltung, die Powells strikt datenabhängigen Kurs deutlich hinter sich ließe. Sollte der Energiepreisschock jedoch länger anhalten, stünde auch Warsh vor einem schwer auflösbaren Zielkonflikt zwischen nachlassendem Wachstum und hartnäckigem Preisdruck.

Im Euroraum beließ der EZB-Rat die Leitzinsen auf der letzten Sitzung unverändert bei 2,00%. Lagarde ersetzte „gut aufgestellt“ durch „bestens gerüstet“ – eine semantisch bewusste Verschiebung, die Analysten als Signal asymmetrisch gewordener Risiken werteten. Der Energiepreisanstieg

stelle ein erhebliches Aufwärtsrisiko dar, das sich – anders als 2022 – in ein Umfeld füge, in dem die Inflation bereits nahe am Ziel liege; die noch frischen Erinnerungen der Haushalte könnten Zweitrundeneffekte diesmal schneller auslösen. Die aktualisierten Stabsprojektionen unterstreichen die veränderte Risikolage: Die Gesamtinflation für 2026 wurde von 1,9% auf 2,6% revidiert, die Kerninflation über den gesamten Horizont bis 2028 ebenfalls nach oben angepasst, das BIP-Wachstum auf 0,9% gesenkt (Dezember: 1,2%). Der unterstellte Ölpreis für 2026 wurde um 30% auf 81,3 USD pro Barrel angehoben, der TTF-Gaspreis um 57% auf 46,4 EUR pro MWh – angesichts eines aktuellen Brent-Niveaus von über 105 USD dürften diese Annahmen bereits wieder als zu optimistisch gelten. Der implizite EZB-Einlagensatz preist bis zur Dezember-Sitzung einen Satz von 2,66% ein – knapp drei Anhebungen um je 25 Basispunkte bis Jahresende. Im Szenario einer prolongierten Hormuz-Blockade würde die Gesamtinflation laut internen EZB-Szenarien auf bis zu 4,4% ansteigen. Stagflationsrisiken, strukturell höhere Energieabhängigkeit und eine Kerninflation, die den Disinflationpfad verlässt, machen die kommenden Sitzungen zu den meistbeachteten geldpolitischen Terminen des Jahres.

Rentenmärkte - Renditen unter Aufwärtsdruck: Die Rentenmärkte standen im März beiderseits des Atlantiks unter erheblichem Aufwärtsdruck. Die Kombination aus anhaltendem geopolitischem Risiko, wiederauflebendem Kostendruck in der Industrie und dem bevorstehenden Führungswechsel an der Spitze der Fed trieb die Renditen spürbar nach oben. Zehnjährige US-Treasuries erreichten ein Monatshoch von 4,43% und notieren aktuell bei rund 4,30%. Im Euroraum stiegen zehnjährige Bundesanleihen zwischenzeitlich auf 3,09% – den höchsten Stand seit 2011 – und verharren derzeit bei rund 2,96%. Für längere Laufzeiten bleibt das Bild belastet. Der Nahostkonflikt erhöht den Verschuldungsdruck über steigende Militärausgaben, die latente Unsicherheit über die künftige Fed-Reaktionsfunktion kommt hinzu. Eine nachhaltige Gegenbewegung

dürfte erst mit spürbarer Deeskalation und sinkenden Energiepreisen einsetzen. Für die Aktienmärkte besitzt die zehnjährige Treasury-Rendite dabei unmittelbare Signalfunktion: Ein steigender risikofreier Zinssatz erhöht den Diskontierungssatz künftiger Gewinne und setzt insbesondere hoch bewertete Wachstumstitel unter Druck. Für die Trump-Administration sind die Zinsmärkte der empfindlichste politische Druckpunkt: Steigende Langfristrenditen verteuern die Staatsfinanzierung, belasten über höhere Hypothekenzinsen die Erschwinglichkeit von Wohneigentum und bremsen die Investitionsdynamik – in Kombination mit den gestiegenen Rohstoffpreisen infolge des Nahostkonflikts ein zunehmend enges Spannungsfeld. Demgegenüber bietet das kurze Ende ein konstruktiveres Bild. Zweijährige Bundesanleihen haben sich binnen Jahresfrist von 1,66% auf aktuell 2,61% deutlich ausgeweitet – ein Anstieg, der nicht zuletzt die geldpolitische Kehrtwende der EZB widerspiegelt. Für Privatanleger empfiehlt sich daher eine Konzentration auf kürzere bis mittlere Laufzeiten: Diese bieten bei geringerem Kursrisiko attraktive laufende Erträge – zweijährige Bundesanleihen bei 2,61%, Investment-Grade-Anleihen sogar oberhalb von 3%. Positionen am langen Ende bleiben risikobehaftet: Ein nachhaltiges Überschreiten der 4,5%-Marke bei zehnjährigen Treasuries könnte spürbare Kursverluste auslösen, die die laufenden Erträge rasch aufzehren.

Fazit – Vorzeichen stehen auf Entspannung: Der Irankonflikt bleibt auf absehbare Zeit der dominierende Faktor für die Entwicklung der Aktien- und Rentenmärkte. Bemerkenswert ist dabei die relative Gelassenheit der Marktteilnehmer: Trotz der anhaltenden Eskalation wurden Positionen seit Beginn des Konflikts nicht in größerem Umfang abgebaut, da breiter Konsens darüber herrschte, dass eine Einigung oder zumindest eine Deeskalation zeitnah eintreten würde. Die Anzeichen, dass die militärischen Operationen ihren Höhepunkt überschritten haben könnten, verdichten sich – nicht zuletzt aufgrund wachsenden innenpolitischen Drucks auf

die Trump-Administration hinsichtlich der Sinnhaftigkeit und Kostentragfähigkeit des Einsatzes. Auch für den Iran erscheint der Nutzen einer dauerhaften Sperrung der Straße von Hormuz zunehmend fraglich. Parallel dazu intensivieren sich die diplomatischen Bemühungen spürbar. Eine direkte Erholung der Märkte auf Vorkriegsniveaus ist gleichwohl kurzfristig nicht zu erwarten. Die wirtschaftlichen Schäden – insbesondere durch höhere Öl- und Gaspreise sowie gestiegene Vorproduktkosten – lassen sich in ihrer vollen Auswirkung auf die Unternehmensgewinne noch nicht zuverlässig kalkulieren. Das Gewinnmomentum hatte sich vor dem Konflikt auf beiden Seiten des Atlantiks spürbar verbessert; nun steht es – angesichts der strukturell höheren Energieabhängigkeit europäischer Unternehmen vor allem in Europa – auf dem Prüfstand. An den Rentenmärkten hängt die weitere Entwicklung maßgeblich davon ab, wie die Zentralbanken den Preisanstieg einordnen. Sollten die Notenbanken die Inflationseffekte als temporär einstufen, dürften die kurzen Laufzeiten den Großteil des Renditeanstiegs bereits gesehen haben. Gold geriet zuletzt trotz intakter fundamentaler Treiber unter Druck, da Anleger aufgrund hoher Positionierung und guter Liquidierbarkeit Bestände zur Deckung von Margenbelastungen veräußerten. Die strukturelle Nachfragebasis bleibt jedoch intakt. Langfristig könnte mit den Golfstaaten, die angesichts des Konflikts eine stärkere Diversifikation ihrer Mittel weg aus US-Assets erwägen dürften, eine weitere bedeutende Käuferschicht hinzukommen. In der Summe bleibt die Lage an den Finanzmärkten angespannt und volatil, mit der überwiegenden Tendenz zu einer baldigen Entspannung im Konflikt – und damit zur Ausgangsbasis für eine schrittweise Normalisierung.

FIDUKA, 1. April 2026